

Ressort: Politik

Umfrage: Mehrheit der Ostdeutschen wirft Westdeutschen Arroganz vor

Berlin, 03.10.2018, 08:37 Uhr

GDN - 28 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung beurteilen die Ostdeutschen den Zustand der inneren Einheit des Landes laut einer aktuellen Umfrage viel kritischer als die Westdeutschen. Für 60 Prozent der Ostdeutschen hat sich das Verhältnis zwischen den Menschen in den beiden Landesteilen seit der Wiedervereinigung nicht verbessert (38 Prozent) oder sogar verschlechtert (22 Prozent), ergab eine Emnid-Umfrage im Auftrag der "Bild am Sonntag" (Feiertagsausgabe).

Nur 33 Prozent der Ostdeutschen finden demnach, dass sich die Menschen aus West und Ost näher gekommen sind. Bei den Westdeutschen ist das Stimmungsbild genau umgekehrt: 60 Prozent finden, dass sich Ost und West näher gekommen sind. Zehn Prozent finden, dass sich die Bevölkerungsgruppen fremder wurden, 22 Prozent sehen keine Veränderung seit der Wiedervereinigung, so die Umfrage. Eine Mehrheit der Ostdeutschen (56 Prozent) wirft den Westdeutschen Arroganz vor. Nur 27 Prozent finden nicht, dass die Westdeutschen ihre Landsleute im Osten von oben herab behandeln. Im Westen erkennen 25 Prozent ein hochnäsiges Verhalten gegenüber dem Osten, 64 Prozent sehen das nicht so. Deutliche Unterschiede gibt es auch in der Beurteilung der Ostdeutschen, so die Umfrage. 39 Prozent der Westdeutschen halten die Ostdeutschen mit Blick auf die Wiedervereinigung und den Aufbau Ost für zu undankbar, 54 Prozent empfinden das nicht so. Bei den Ostdeutschen meinen lediglich 19 Prozent, dass sie für den Wiederaufbau ihres Landes dankbarer sein sollten, die überwiegende Mehrheit von 73 Prozent sieht das so nicht. Ostdeutsche sind in Führungspositionen kaum vertreten. "Dass immer noch 70 Prozent der Führungspositionen im Osten von Westdeutschen besetzt sind, macht die Leute sauer", sagte die sächsische Integrationsministerin Petra Köpping (SPD) der Zeitung. Die Einführung einer Ostquote für Führungspositionen in Wirtschaft, Politik und Verwaltung lehnen aber West- und Ostdeutsche ab. Im Osten beträgt die Zustimmung 39 Prozent (Ablehnung: 49 Prozent). Im Westen wollen 63 Prozent keine Ostquote (Zustimmung: 22 Prozent), so die Umfrage. Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt fordert eine verstärkte Förderung der Ostdeutschen. "Jede neue Bundesbehörde oder Forschungseinrichtung muss künftig in Ostdeutschland angesiedelt werden." Der Bund müsse Spitzenfunktionen in Regierung und Behörden konsequent mit Menschen aus dem Osten besetzen. "Das wäre ein wichtiges Signal, das den Ostdeutschen zeigt: Sie gehören wirklich dazu", so Göring-Eckardt. Für die Umfrage wurden am 27. September genau 505 Personen befragt.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-112830/umfrage-mehrheit-der-ostdeutschen-wirft-westdeutschen-arroganz-vor.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local

(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com

www.gna24.com